

**Von:** Arlt Herbert <arlt.herbert@arltherbert.at>  
**Gesendet:** Sonntag, 5. Jänner 2025 05:42  
**An:** Karl Nehammer  
**Cc:** Alexander van der Bellen; Alois Stöger; Andreas Babler  
(andreas.babler@spoe.at); Andreas Schieder; Anton Mattle; Christian Stocker; Doris Bures ; Eva-Maria Holzleitner; Evelyn Regner  
(evelyn.regner@europarl.europa.eu); Georg Knill; Hans Peter Doskozil ; Harald Mahrer; Johanna Mikl-Leitner ; Jörg Leichtfried; Josef Muchitsch; Julia Herr; Markus Wallner ; Max Lercher; Michael Ludwig ; Peter Hacker; Peter Hanke ; Peter Kaiser; Philip Kucher; Philip Wohlgemuth; Renate Anderl ; Sandra Breiteneder; Sigrid Maurer; Sven Hergovich; Thomas Stelzer ; Walter Ruck; Werner Kogler; Wilfried Haslauer ; Wolfgang Katzian  
(wolfgang.katzian@oegb.at)  
**Betreff:** Budgetlügen und notwendige Neuwahlen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Offenbar haben Sie den Spielraum in Ihrer Partei nicht bekommen, um die notwendigen staatsmännischen Maßnahmen zu setzen.

Die öffentlichen Zurufe beweisen das.

Neos, die das Finanzministerium wollten, waren von Anfang an für Sand im Getriebe verantwortlich: Wording, Erzählungen, Leuchttürme.

Marketing statt sachorientierter Staatspolitik.

Zum Vorschein kamen: Besserwisserei (ohne jeglichen wissenschaftlichen Hintergrund oder Faktenorientierung), Überheblichkeit (Herabwürdigung des Föderalismus als Folklorismus), unprofessionelle Egomane von einzelnen Akteuren etc.

Auch in der SPÖ waren diejenigen, die für Parteitaktik waren, nicht hilfreich. Sie kritisieren freilich in diesem Zusammenhang nicht Andreas Babler.

Er war um eine wissenschaftliche Fundierung seiner Politik bemüht.

Babler hatte auch verstanden, in welcher fragwürdiger Weise Digitalität eingesetzt wird: [ID Austria](#)

Mit ihm wird es möglicherweise auch eine neue Öffentlichkeit geben.

Im Zentrum wird die Budgetkatastrophe, die gescheiterte Industriepolitik (mitverantwortlich für das Budgetdesaster), der Irrationalismus in Produktions- und Währungsfragen im Mittelpunkt stehen.

Landeshauptmann Doskozil hat dagegen sachlich gesehen keine Politik anzubieten, die die Kernfragen der weiteren Entwicklung der Republik, der EU löst.

Auch wenn er die Absolute im Burgenland erhalten sollte.

Wien erweist sich dagegen als Modell, das positive Ergebnisse vorzuweisen hat: Zusammenarbeit, Investitionen, Energie, Wirtschaftsdaten, Umgang mit sozialen Fragen, Wahlergebnis.

800.000 Menschen beim Silvesterpfad zeugen von der Attraktivität der Stadt Wien.

Freilich versuchen die Rechten, ihre finanziellen Probleme auf die Stadt abzuwälzen: Gesundheitsversorgung, Verkehr, antidemokratische Sozialpolitik etc.

Neue Ansätze in der Kooperation für die Region, die Republik wären gefragt. Problematisch in Wien: die autoritativen Verwaltungen, die Kultur- und Wissenschaftspolitik.

Die Medien haben sich selbst bestraft.

Allen voran die Krone, der ORF, die ohne Staatsgelder und Zwangsgebühren wirtschaftlich nicht überleben können.

Die FPÖ braucht diese Medien nicht mehr wirklich.

71,2% wollten keine Koalition mit der Kickl FPÖ.

Die Menschen wurden über die Kernfrage grundlegend getäuscht: das Budget. Unbestritten stand die Budgetkatastrophe aber im Mittelpunkt des Scheiterns. Für diese Täuschung sind Sie persönlich verantwortlich.

Ihr Rücktritt war daher nur konsequent.

In die Verantwortung werden aber wohl auch alle anderen Regierungsmitglieder genommen werden.

Mit dem Wording über die „Radikalen“ setzen sie sich selbst herab.

Sie wissen, dass ich vor der Wahl vielfach auf die Problematik der Budgetdaten aufmerksam machte.

Anhand zum Beispiel des Vorgehens bei der Spendenbegünstigung war klar, dass im Wahlkampf getrickst werden wird.

Ebenso liegen Täuschungen über weitere Kernfragen vor: Gesundheit/ Ernährung, Energie, Produktion, Bedrohungslage etc.

Die Unfähigkeit der Industriellenvereinigung wurde und wird vom Markt bestraft.

Ebenso jene in der Wirtschaftskammer, die Geld für Produktionsrahmenbedingungen (Ausbildung, Infrastruktur, Technologie, Finanzierungen etc.) verlangen, aber keinen gerechten Beitrag zu den notwendigen Investitionen leisten wollen: [Partikularinteressen](#) Großbritannien zeigte, welche wirtschaftlichen Folgen das hat.

Die USA stehen mit ihrer Rechtspolitik vor einem Desaster: [Digidollar](#) Neuwahlen sind notwendig.

Der Burschenschaftler Rosenkranz als Parlamentspräsident ist nicht Ausdruck des Wählerwillens (71,2% hatten indirekt dagegen gestimmt).

Eine Neuwahl löst auch dieses Problem.

Es bedarf einer neuen Entscheidung der österreichischen WählerInnen aufgrund der Budgetfakten, die nun in den Verhandlungen bekannt wurden.

Und einer neuen, sachorientierten Öffentlichkeit, die sich via Internet auch problemlos herstellen lässt.

Die Inseratenpolitik könnte diesmal scheitern.

Die FPÖ machte vor, wie das Internet auch für Negatives benutzt werden kann.

Evident, dass mit einer FPÖ Regierungsbeteiligung nur ein neues Desaster für Österreich entstehen wird.

Die Daten zu den aktuellen und vergangenen Regierungsbeteiligungen beweisen das.

Wiss.Dir.Dr. [Herbert Arlt](#)

P.S. Wir werden sehen, ob es der SPÖ nun gelingt, mit einer neuen Öffentlichkeit die WählerInnen in neuer Weise zu gewinnen. Babler hat sich angesichts des

Budgetdesasters als staatsmännisch erwiesen. Er hatte verlangt, dass das Regierungsprogramm auf der Basis von Fakten erstellt werden muss. Ansätze für eine neue Öffentlichkeit waren bereits im vergangenen Wahlkampf zu sehen.

Entschieden wird nun über das wirtschaftspolitische Versagen der ÖVP und der FPÖ werden. Das Wahlergebnis wird wohl deutlich ausfallen.

P.S. Sachlich gesehen hat sich die Linie der SPÖ gegen die Rechtspolitik bereits durchgesetzt: Defizitverfahren der EU, Abbau des Defizits aufgrund von Fakten.

Investitionen etc. lassen sich auch jenseits der Regierung organisieren. Das wird wohl auch Teil des Wahlkampfes werden. Nach dem Versagen der autoritären

Rechtspolitik (darunter: Wissenschaft) wird es nun um eine breite Partizipation

gehen. Eine Koalition konstruktiver österreichischer BürgerInnen wird wohl auch grundlegend neue Wahlergebnisse bringen. Ich werde jene unterstützen, die auf

der Basis von Fakten sich für eine konstruktive Politik in Österreich einsetzen.

Dazu gehört unbedingt die Steuergerechtigkeit.